

Bezugspreis:
Staatshoch 18,50 Mk. monatl. 4,50 Mk.
bei ins Haus...
Telegraphen-Nachrichten
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die abendliche...
15 Pfennig

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Telefon: Amt Morosplan, Nr. 15190-15197.

Montag, den 29. Dezember 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Telefon: Amt Morosplan, Nr. 11753-54.

Neue Forderungen Sochs.

Der Kernpunkt.

Von Friedrich Wilhelm Socher.

In den letzten Verhandlungen des Untersuchungsausschusses haben es die Vertreter des alten Systems meisterhaft verstanden, um den Kern der Sache herumzugehen und dem deutschen Publikum aufs neue Sand in die Augen zu streuen.

Der Kernpunkt der ganzen Angelegenheit ist doch dieser: Sind in den Jahren 1916 und 1917 leichtfertig gewisse unsehbare Friedensmöglichkeiten verpaßt worden? Ist ein Kriegsmittel von ungeheurer Tragweite ohne gewissenhafte Orientierung in bezug auf alle seine positiven und negativen Folgen angewendet worden?

Dreimal „Ja“ ist auf alle diese Fragen zu antworten! Alle Zeugnisauslagen haben willig oder widerwillig, bewußt oder unbewußt bestätigt, auf Grund von wie gänzlich ungenügenden Informationen und gegenüber wie schwerwiegenden Warnungen der Entschluß zum unbeschränkten U-Boot-Krieg gefaßt und die Vermittlung Wilsons preisgegeben wurde.

Wolter Rathenau, dessen Aussprache mit Ludendorff („Berliner Tageblatt“ 558) schlagend zeigt, von welchem Imperialismus damals die Entscheidungen über Deutschlands Existenzfragen diktiert wurden, vertritt die Ansicht, es handle sich hier weniger um schuldvolle Handlungen, als um einen schuldhaften Zustand, es habe die zentrale Einsicht, Handlung, Verantwortung gefehlt. Dies ist gewiß weitgehend zutreffend. Denn daß ein bloßer Militär, nur mit Berufung auf den Kriegszustand, in der Lage ist, allein von sich aus über eine Maßnahme zu entscheiden, deren Konsequenzen ohne gründliche Kenntnis der dabei in Betracht kommenden politischen, psychologischen, technischen und wirtschaftlichen Faktoren doch nur zum kleinsten Teil übersehen werden können — das ist ja ein ganz abnormer Zustand, das furchtbare Resultat einer ganzen Entwicklung von sechs Jahrzehnten: Es war der Überglaube unerer Bildungsschichten an Blut und Eisen, ihre unablässige Verhöhnung von Weltfrieden und Weltverbrüderung, was unvermeidlich zu einer solchen allmählichen Verförderuna militärischer Diktatur sowie zu den entsprechenden grundfalschen Berechnungen und damit eben zum völligen Zusammenbruch führen mußte.

In den Dozentenajmmern der Universitäten und in den Lehrerinnen der Gymnasien wurde der U-Boot-Krieg entschieden, die Schwertromantik und die Weltkenntnis der deutschen akademischen Zivillisten bildete die Grundlage für Ludendorffs Diktatur und für das Fehlen jeder mit den psychologischen, technischen und wirtschaftlichen Realitäten der Umwelt rechnenden nationalen Politik. Insofern also ist es richtig, von einem ganzen „schuldhaften Zustand“ zu sprechen, für den jetzt die am wenigsten innerlich beteiligten Schichten des deutschen Volkes am schwersten gestraft werden. Gleichwohl kann auch die schuldvolle Handlung nicht ganz abgestritten werden. Der vermessene Uebermut, mit dem die Oberste Seeresleitung Maßnahmen, deren Beurteilung ihre Kompetenzen weit überschritt, allen Warnungen zum Trotz nur auf Gefühlsurteil hin ganz allein durchsetzte und durch ihre Rensur jede Mitarbeit Andersdenkender an der Bildung der öffentlichen Meinung unterband, — dieser Uebermut mit seiner geradezu grotesken Unterstützung der Gegner ist durchaus als schuldhaft zu bezeichnen und mußte vor der ganzen Nation als solcher gekennzeichnet werden.

In welche Hände das verblendete deutsche Volk sein Schicksal gegeben hat, das zeigte sich in den immer wiederholten Anklagen der Seerführer gegen die Propaganda von der Seite her: Als ob wir selbst bei einer Höchstleistung aller unserer Armeegruppen jemals die Uebersee hätten zwingen können, uns Rohstoffe und Lebensmittel zu senden! Der euro-päische Kontinent als deutsche Ebene hätte doch ganz Europa zweifelslos in ein noch weit entsehlicheres Elend gebracht, als es jetzt hereinbrochen ist. Und wie konnte die Seeresleitung

\* Soch im Jahre 1918 war die militärische Rensur angewiesen, alle warnenden Hinweise darauf, daß dieser Krieg nicht allein durch militärische Mittel entschieden werden könne, zu streichen. So wurde die öffentliche Meinung für den „Aun in den Abgrund“ erzogen!

Deutschland zur Neutralitätsverletzung gezwungen.

Wie die „S. P. R.“ erfahren, hat Marschall Soch durch die Waffenstillstandskommission der deutschen Regierung mitteilen lassen, daß sich in Danzig 24 russische Offiziere und 157 Mann befänden, die nach Südrussland zu General Denikin transportiert werden sollten und daran das Verlangen geknüpft, daß dieses Detachement auf dem nächsten Dampfer, der russische Kriegesgefangene von Hamburg nach Südrussland abzuführen, mitgenommen werden müßte.

Die deutsche Regierung gerät durch diese Forderung der Entente in eine mißliche Lage; Rußland erwartet die Freilassung seiner Gefangenen und Deutschland ist durchaus bereit, diesem Wunsch zu entsprechen, zumal da ihm die Verpflegung und Unterbringung der Gefangenen selbst Schwierigkeiten bereitet. Für den Abtransport besteht gegenwärtig keine andere Möglichkeit als der Seeweg, und zwar auf Schiffen, die nur mit Genehmigung der Entente und nur unter deren Flagge fahren dürfen. Wenn die Entente, wie es jetzt geschieht, die Genehmigung zur Fahrt mit Leistungen verbietet, die im Grunde eine Verletzung der Neutralität bedeuten, so kann Deutschland sich trotz aller Bedenken dem nicht widersetzen, wenn es nicht auf den Abtransport der Gefangenen verzichten will. Die deutsche Regierung kann bei dieser Sachlage gegenüber einem etwaigen Einspruch der russischen Regierung nur ausdrücklich feststellen, daß sie jede Verantwortung für die ihr auferlegte Maßnahme voll der Entente überlassen müsse.

Italien gegen Clemenceau.

In seiner letzten Kammerrede hatte Clemenceau auch ein Schloß auf die Verdätnisse der Jugoslawen gefungen, ohne dabei Italien, das eifersüchtig auf die Jugoslawen blickt, irgendwie zu erwähnen. Die französische Presse hatte diesen Teil der Rede unterdrückt, aber die italienische Presse ist dennoch in der Lage gewesen, ihn zu veröffentlichen. In Italien herrscht über die einseitige Parteinahme Clemenceaus für die Jugoslawen, die einer Mißachtung und Hintanhaltung Italiens gleichkommt, berechtigter, heftiger Erregung. Die gesamte italienische Presse weist die Ausführungen Clemenceaus mit großer Schärfe zurück. „Secolo“ schließt seinen Leitartikel mit den Worten: „Niemand glaubt man jetzt in Frankreich den Augenblick für gekommen, wo sich erkräftigt, auf Italien noch irgend welche Rücksicht zu nehmen.“ Die Artikel der übrigen Blätter haben auf den gleichen Ton geschimmt.

annehmen, das deutsche Volk werde ihr blindlings immer weiter folgen auf dem Wege eines sinnlosen Durchhaltens und einer immer weiteren Isolierung von der übrigen Welt, von deren guten Willen es doch seine ganze Wiederherstellung entscheidend abhängig fühlte??

Im deutschen Volk wird doch trotz allen jener Klauen das Bewußtsein erwachen, daß seine großen Seerführer sich in ihrer Selbstverteidigung als überaus klein erwiesen haben. Statt offen zuzugeben: „Ja, wir haben uns grauenvoll geirrt und verrecknet“ — haben sie die öffentliche Meinung unabhässig von jenem Kernpunkt der ganzen Fragestellung abgelenkt, der doch eben darin besteht, daß die obersten Seeresleiter sich vom Jahre 1916 an zu Vollstreckern des schwerindustriellen Wahnsinnes gemacht hatten und eben deshalb eine Einigung der deutschen Politik mit Wilsons Prinzipien geradezu fürchteten. Das einfache deutsche Volk war nicht so blöden Auges, wie die Mehrzahl seiner Gebildeten, es hat diesen Sachverhalt seit Anfang 1917 immer deutlicher herausgeföhlt; dazu war gar keine Propaganda nötig; mit erstaunlicher Selligkeit und Treffsicherheit wurde es von Bauern und Arbeitern in der dritten und vierten Wagenklasse ausgesprochen: „Der deutsche Verteidigungskrieg gegen den „Ver-nichtungswillen“ unerer Feinde ist ein toller Schwindel, der preussische Militarismus merkt eben, daß er endgültig totgeschlagen werden soll, dieses aber möchte er um jeden Preis verhindern und darum will er nur einen Frieden annehmen, der ihm für den zweiten Weltkrieg einen erheblichen Vorsprung sichert. Und dafür muß das Volk verbluten.“ So droch man überall im Volke; die Oberste Seeresleitung aber konnte nicht nur England, Frankreich und Amerika nicht, sie konnte auch das deutsche Volk nicht, sie ahnte nicht, daß der einfache deutsche Mensch eines Tages innerlich von seinen Führern abfallen und eben auf Grund intimer Verührung mit dem preussischen Militarismus den Reden der feindlichen Staatsmänner recht geben werde.

Kun ist von den Herren Militärs und ihren Gefinnungs-genossen allerdings immer wieder gesagt worden, daß eine

irgendwie ernst zu nehmende Friedensmöglichkeit für uns seit Ende 1916 in Wirklichkeit gar nicht existiert habe. Ganz abgesehen nun einmal davon, daß, wo so viel auf dem Spiele stand, der leistungsmöglichkeit einer amerikanischen Vermittlung unbedingte die weitgehendste Erleichterung bewiesen werden mußte, ist auf diesen Zweifel folgendes zu bemerken: Es ist gewiß wahr, daß die Entschlossenheit der Ententevölker, dem preussischen Militarismus ein für allemal ein Ende zu machen und jedem Frieden aus dem Wege zu gehen, der einen bloßen Waffenstillstand bedeutete hätte, seit 1915 weit unbedingter und stärker gewesen ist, als man es in weiten deutschen Kreisen für möglich gehalten hat. Bis Ende 1916 gab es für diese Entschlossenheit nur ein Programm: Völlige Verschmutterung der deutschen Kriegsmaschine, weitgehendste Herstückelung der Zentralmächte, unbedingteste militärische Sicherung gegen jede Möglichkeit eines Wiederauflebens der deutschen Militärpolitik.

Mit dem Eingreifen Wilsons in die Frage der Kriegsziele tauchte eine zweite, ganz neue Möglichkeit auf, dem Militarismus ein radikales Ende zu bereiten: Begründung einer ganz neuen Weltordnung des Rechtes und der internationalen Solidarität, wodurch die nationale Selbsthilfe sowie die Politik der Allianzen mit all ihren materiellen Sicherungsmitteln ausgeschaltet und durch eine Sicherung weit höherer Ordnung ersetzt worden wäre. Im Jahre 1917 eroberte dieses Programm nicht nur alle dasistitischen und sozialistischen Kreise der uns feindlichen Völker, sondern auch weite Schichten der realpolitisch denkenden Elemente, vor allem des anglo-amerikanischen Welt-handels: „We want a consolidated world“ (Wir wollen eine sicher fundierte Welt) sagte der amerikanische Großhändler, und die „Westminster Gazette“ sprach die Ueberzeugung aller maßgebenden Kreise der englischen Handelswelt aus, wenn sie im Sommer 1917 fast in jeder dritten Nummer angefaßt der ungeheuren Schrecken und Uebererraschungen der militärischen Zerstörungstechnik dem Gedanken Ausdruck verlieh, daß die bisherigen Sicherungen des nationalen Rechts und der Machttechnik in Wirklichkeit gar keine Sicherungen mehr seien — die einzige wirkliche Garantie gegen eine Wiederholung einer solchen Katastrophe könne nur in einer international organisierten Rechtsordnung und in einem auf Rechtsprinzipien gegründeten Frieden liegen.

Er will's beschwören.

Herr Lehme, der langsam zu merken beginnt, daß er durch seine „Enthüllungen“ nur sich selbst entblöht hat, greift jetzt zu stärkeren Mitteln. Er will eidlich bekunden, daß in der Nacht zum 24. Dezember v. J. Ebert sich vor Ledebour habe verleugnen lassen. Ferner will Herr Lehme beidnen:

„Daß er nach dem Fortgehen Ledebours Ebert und dem Kriegsminister im Wohnzimmer Eberts bei einer Flasche Wein sitzend getroffen und mit ihm gesprochen habe.“

Da uns viel daran liegt, uns Herrn Lehme zu erhalten — denn für die Bestätigung der Telephonate aus dem Marfall, wo Weis mit dem Tode bedroht wurde, können wir ihm nur dankbar sein —, so möchten wir ihn vor den unbequemen Folgen, die abwegige Eide zu haben pflegen, bewahren. Wir stellen ihm darum das Zeugnis des damaligen Kriegsministers Scheuch zur Verfügung. Der Kriegsminister hat zu den oben zitierten Behauptungen des Herrn Lehme das nachstehende erklärt:

„In der Nacht vom 23. zum 24. Dezember 1918 habe ich das Reichkanzlerpalais vor dem Herrn Reichspräsidenten verlassen, und zwar in der Zeit zwischen 1 und 2 Uhr, sobald der Beschluß wegen des Vorgehens gegen den Marfall gefaßt worden war. Um 2 Uhr war ich bereits wieder im Kriegsministerium, wie ich mich ganz deutlich erinnere. Daß meine Erinnerung mich nicht täuscht, wird mir durch einen meiner Adjutanten, der sich auf eine Notiz in dem von ihm geführten Tagebuch stützen kann, bestätigt. Als ich mich vom Herrn Reichspräsidenten verabschiedete, sagte er mir, daß er nun auch wegfahre. Ich muß also annehmen, daß er kurze Zeit nach mir das Reichkanzlerpalais verlassen hat. Die ganze Erzählung Lehmes von meinem Verweilen in den Privatgemächern des Herrn Reichspräsidenten und von unerer Verleugnung bei einem Besuch Ledebours ist frei erfunden. In jener Nacht habe ich von Ledebour überhaupt nicht gehört.“

Nach diesen Feststellungen des Kriegsministers wird wohl nun auch Herr Lehme zugehen müssen, daß er sich geirrt hat und daß er in jenen früheren Morgenstunden nach dem angeblich abgewiesenen Besuch Ledebours Ebert nicht

gemeinsam mit dem Kriegsminister Scheich bei einer Flasche Wein getroffen habe. Das aber wollte Herr Dehne be-  
weisen. Wenn es so schon um die Erde des Herrn Dehne  
bestellt ist, was mag man dann erst von seinen übrigen Ent-  
scheidungen halten!

### Erzberger und Sonnenfeld.

Der Vater des in der Marzaffäre in Holland verhafteten  
Sonnenfeld hat vom Reichsfinanzminister Erz-  
berger ein Schreiben erhalten, in dem dieser um nähere  
Angaben über die angeblich aus Reichsmitteln für die Wahl-  
propaganda der S. P. D. aufgewendeten Summen gebeten  
wird. Darauf hat Sonnenfeld geantwortet, daß der Schwei-  
gerpater des Genossen Scheidemann, Genk., dem der Botschaf-  
ter bei der Reichstagsgruppe unterstellt war, aus Mitteln  
der Reichstagsgruppe Aufwendungen für sozialdemokratische  
Wahlpropaganda gemacht habe. Er hat diese Summe,  
die Sonnenfeld auf 50 000 bis 60 000 Mk. schätzt, dann mit  
der Reichsregierung verrechnet. Für nähere An-  
gaben und Material verweist Sonnenfeld auf seinen in Hol-  
land noch in Haft befindlichen Sohn.

### Eine ungünstige Amnestie.

Vor einigen Tagen haben wir die Anfrage an die Re-  
gierung gerichtet, was mit den Reuterern des Detache-  
ments Korbach geschehe, die unter Mißachtung der ihnen  
gegebenen Befehle mit Gewalt und List nach dem Baltikum  
durchgebrochen sind und von dort eine die Regierung ver-  
höhrende Proklamation erließen. Hierzu erfahren die  
A. P. N. von zuständiger Stelle:

Es ist richtig, daß der für die Baltikumtruppen geltende Ver-  
trag der Unvollständigkeit gegen die Reichsregierung in er-  
höhtem Maße und in verschärfter Form gegen das De-  
tachment Korbach erhoben werden kann. Dieser Um-  
stand ist jedoch — für die Behandlung des Detachements Korbach —  
durch die späteren Ereignisse belanglos geworden. Die  
Behandlung des Detachements Korbach muß sich richten nach den  
Zusicherungen, die der Bevollmächtigte der deutschen Re-  
gierung bei der Interalliierten Baltikum-Kommission — Admiral  
Hopmann — allen in Baltikum stehenden Truppen — also  
auch dem Detachment Korbach — gegeben hat.

Beim Reichswehrministerium bestand von vorn-  
herein die Absicht, die Führer der Baltikumtruppen als die für  
alle Vorkommnisse Verantwortlichen zur Rechenschaft zu  
ziehen. Dieser Absicht wurde seitens der Truppen dadurch be-  
gegnet, daß die Leute die Forderung stellten, die Zufriedenheit der  
Amnestie solle sich vorbehaltlos auch auf sämtliche Offi-  
ziere erstrecken. Als der Bevollmächtigte der Regierung  
sah, daß diese Summierung nicht eingehen zu dürfen, mochten  
sämtliche Truppen diese Forderung zur „conditio“ der all-  
gemeinen Amnestie. Hierfür drängte die Entente-Kommission  
unter Androhung von Repressalien zum Abschluß der Verhand-  
lungen hin, zum Rücktransport der Truppen, andererseits war  
für zu erfahren, daß die Truppen, die offenbar sehr zu ihren  
Führern hielten, von ihrer Forderung nicht abgehen würden, daß  
dennoch die ganze Vermittlungsbotschaft scheitern und ein kata-  
strophaler Konflikt zwischen Deutschland und  
der Entente inszenieren müßte. Unter solchem Zwange hat  
Admiral Hopmann zu weitgehenden Zugeständnissen  
verleihen müssen.

Der Reichswehrminister ist durch diese Zusicherungen seiner-  
seits in eine schwierige Lage verwickelt, dies um so mehr,  
als er verantwortlich ist für Geist und Disziplin der jungen  
Reichswehr. Um allen Verantwortlichkeiten vorzubeugen, hat der  
Reichswehrminister daher verfügt, daß die zwischen dem Re-  
gierungsvertreter und den Baltikumtruppen getroffenen Abmachun-  
gen nicht summarisch übernommen, sondern daß sie  
durch Untersuchung jedes Einzelfalles eingehend auf Legalität  
und Gerechtigkeit geprüft werden.

Wenn die Reichsregierung die den Baltikumtruppen ver-  
sprochene Amnestie auf ihre Legalität, d. h. Gerechtigkeit,

hin prüft, so wird sie wohl sehr schnell zu der Erkenntnis  
kommen müssen, daß die gesamte Amnestie rechts-  
ungültig ist. Seit dem 11. August 1919 besitzt das  
Deutsche Reich eine Verfassung, an welche die Regierung  
in ihren Abmachungen und Versprechungen strikte gebunden  
ist. Der Artikel 49 dieser Verfassung lautet:

„Der Reichspräsident übt für das Reich das Begnadigungs-  
recht aus.“

Reichsammnestien bedürfen eines Reichsgesetzes.“

Der Reichspräsident kann danach kraft seines Begnadi-  
gungsrechtes nur in Einzelfällen bereits ver-  
hängte Strafen erlassen oder mildern. Allgemeine  
Amnestien, wie die den Baltikumtruppen zugesicherte, be-  
dürfen dagegen des Reichsgesetzes. Die Regierung  
und namentlich das Reichswehrministerium weiß das auch,  
denn gerade jetzt läßt es zu den noch schwebenden Strafver-  
folgungen wegen Sabotageflucht amtlich mitteilen:

Die eingeleiteten Verfahren sind keineswegs will-  
kürlich, sie haben sich aus den noch geltenden Gesetzen  
ergeben. Die feinerzeit verfügte Amnestie reichte in ihrer  
Fassung nicht aus, konnte vielmehr auf gewisse Fälle gerade von  
Rechts wegen nicht bezogen werden. Der Reichswehrminister hat  
die beschleunigte Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage (das ist  
das Entscheidende. Red.) beantragt, durch die die Amnestie auch  
auf diese Fälle ausgedehnt werden soll. Außerdem ist ange-  
ordnet worden, daß die schwebenden Strafverfolgungen unter-  
brochen und bereits eingeleitete Verfahren vertagt werden  
sollen. Wo Verurteilungen bereits erfolgt sind, soll die Strafe im  
Gnadenwege erlassen werden. Die angeführte Ge-  
setzesvorlage wird von der Nationalversammlung kaum in ihrer  
Gesamtheit, sondern erst im Februar verabschiedet werden  
können.

Ist für die Begnadigung der „Robemdeserteure“ der  
Erlaß eines besonderen Reichsgesetzes notwendig, so ist er es  
für die Baltikumdeserteure erst recht. Wie der  
Staatsanwalt in jenen Fällen nach dem Buchstaben des Ge-  
setzes eingeschritten ist, so muß er es erst recht im Falle Korbach  
und Genossen. Sonst gehört nämlich der Staats-  
anwalt selber ins Zuchthaus, wie nachzulesen im § 346  
des Strafgesetzbuches:

Ein Beamter, welcher vermögens seines Amtes bei Ausübung  
der Strafverwaltung oder bei Vollstreckung der Strafe mitzureden  
hat, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft,  
wenn er in der Absicht, jemand der gesetzlichen Strafe zu entziehen,  
die Verfolgung einer strafbaren Handlung  
antrifft usw.

Der Staatsanwalt wird also in Aktion zu treten haben,  
und der Regierung kann das nur lieb sein, wenn kraft des  
geltenden Rechts, das auch Admiral Hopmann nicht außer  
Kraft setzen kann, die besagten Kapitulanten vor der  
Erpressertafel der Reuterer rückgängig gemacht wird.

Die Meldung der „Freiheit“, wonach in Schlesien ganz  
offen für eine „Hindenburgarmee“ geworden wird, bezeichnet  
die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ als „absurd und unzu-  
treffend“.

### Die alten und neuen Garnisonstädte.

Das Reichsheer wird am 1. April 1920 gebildet werden.  
Nach dem Friedensvertrage darf es nur 20 000 Unteroffiziere und  
Mannschaften stark sein. Ebenso wie seine Stärke ist durch den  
Friedensvertrag auch die Zahl der Verbände festgelegt. Sie ist  
verschwindend gering gegen die des früheren Heeres. Daher  
werden am 1. April 1920 eine große Anzahl von Städten ihre  
Garnisonen verlieren. Diese Städte, besonders die, die seit  
langen Jahren, oft seit Jahrhunderten, dieselben Truppenteile in ihren  
Mauern beherbergt haben und deren Geschichte eng mit denen  
der Truppenteile verknüpft ist, werden hierdurch schwer getroffen  
werden. Wir stehen aber hier vor unabänderlichen Tatsachen.

Das frühere Heer ist auf Befehl der Reichsregierung aufgelöst.  
Der Friedensvertrag legt Deutschland auch militärische  
Beschränkungen an. Er muß durchgeführt werden. Für das verbleibende  
kleine Heer müssen die Garnisonen nach der Verwendungsmög-  
lichkeit der Truppe und nach Ausbildungsgrundsätzen  
ausgesucht werden. Bei gleicher Verwendung sprechen natür-  
lich die alten Garnisonbeziehungen das erste Wort. Für  
die übrigen Garnisonorte besteht militärischerseits keine Möglichkeit,  
den Verlust der Garnison auszugleichen.

### Die Flucht des Oberleutnants Vogel.

In der Presse tauchen noch immer bage und unbegründete  
Behauptungen über die Flucht des Oberleutnants Vogel auf.  
Dazu erfahren die „A. P. N.“ an unterrichteter Stelle:

1. Es sind keinerlei Beweise für die Unterstellung vor-  
handen, daß die Flucht des Leutnants a. D. Vogel durch amt-  
liche Organe oder durch im Dienst befindliche Offiziere, Beamte  
oder Mannschaften bewerkstelligt, gefördert oder unterstützt wor-  
den ist.

2. Nach der Flucht Vogels hat auf Anordnung des Reichs-  
wehrministers sofort eine diebegründete Untersuchung  
stattgefunden. Die Erhebungen haben einen Verdacht in dieser  
Richtung weder gezeigt, noch bekräftigt.

3. Die Behauptung, daß die Personen, welche Vogel zur Flucht  
verholfen haben, der Regierung bekannt sind, ist unzutreffend.

### Die Ausgeburts des Siegerhaffes.

Zu der bekannten Verurteilung der beiden Gebrüder  
Kochling durch ein französisches Gericht muß nochmals Stellung  
genommen werden.

Die Gebrüder Kochling hatten Maschinen, die aus den be-  
setzten Gebieten entnommen waren und ihnen durch die Reichs-  
regierung zugewiesen wurden, wie andere deutsche Industrielle auch,  
in ihren Betrieben aufgestellt. Der eine der Gebrüder Kochling  
befindet sich in Deutschland, der andere hat feinerzeit bei dem Vor-  
treten der Franzosen, entgegen dem Anraten seiner Freunde, es  
abgesehen, seinen Platz zu verlassen. Er wurde von den Fran-  
zosen verhaftet und dann wieder auf freien Fuß gesetzt.  
Auch dann ist er den Ratschlägen, sich in Sicherheit zu bringen, nicht  
gefolgt, sondern ist geblieben. Wenige Tage darauf ist er erneut  
verhaftet worden und nun hat man ihn zu zehn Jahren Zuchthaus  
und zehn Millionen Frank Geldstrafe verurteilt. Die gleiche  
Strafe wurde gegen seinen in Deutschland befindlichen Bruder  
ausgesprochen.

Wie man politisch oder wirtschaftlich zu den Gebrüdern Koch-  
ling steht, spielt hier keine Rolle. Juristisch ist dieses Urteil eine  
französische Angelegenheit. Was die Gebrüder Kochling angeht,  
haben sie auf Veranlassung oder wenigstens unter aktiver Hilfe  
der damaligen Reichsregierung erfolgt, die für sie als obige In-  
stanz des Deutschen Reiches maßgebend war. Wenn Frankreich eine  
solche Verfolgung der Angelegenheit am Herzen gelegen wäre,  
hätte es sich damit an die deutsche Regierung wenden  
müssen. So stellt sich das richterliche Vorgehen als ein ekel-  
hafter Justizmord und als die Absicht dar, jeden deutschen  
Einfluß aus dem besetzten Gebiet hinauszutreiben. Das Urteil ist  
in seiner Wirkung gleichbedeutend mit der Konfiskation der ge-  
samten Kochling'schen Werke durch Frankreich. Zwanzig Millionen  
Franken sollen die Gebrüder Kochling zusammen bezahlen, das  
macht nach dem gegenwärtigen Stand der Währung fast 100 Millio-  
nen Mark aus. Da eine derartige Summe natürlich niemals be-  
zahlt werden kann, nehmen die Franzosen die Kochling'schen Hüften-  
werke in Beschlag und konfiszieren sie als Ersatz für die Geldstrafe.

Das ist nackter Raub, ausgeführt von bösewilligen Menschen.  
Auf ähnliche Weise kann Frankreich allerdings eine ganze Reihe  
von deutschen Fabriken unter Gewaltanwendung enteignen und sie  
französischen Kapitalisten in die Hand spielen. Rücksichtslos ist  
wohl nie die Lüge von der Gerechtigkeit, die die Alliierten  
fortgesetzt im Grunde geführt haben, entleert worden. Scham-  
loser ist nie das Recht vergewaltigt worden.

### Frank Wedekinds „Franziska“.

Erstaufführung in der Tribüne.

Die Tribüne tut gut, die dramatischen Versuche des revolutionären  
literarischen Nachwuchses, zu deren Schwelgerin sie sich ge-  
macht hat, als nicht illegitim dadurch zu kennzeichnen, daß sie in die  
Weise ihrer Aufführungen das viel umstrittene Spätwerk Wedekinds  
geht. Sie hat damit einmal die Ehrlichkeit ihrer Vorsätze be-  
wiesen, zum anderen aber in kluger Folge gezeigt, wie sehr einer  
eingebenden Künstlergeneration der Komplex Wedekind, der vor nicht  
allzulanger Zeit noch recht zukünftig dünkte, bestrachtend gegenwärtig  
geworden ist. Das Mysterium des Weibes Franziska, das durch  
einen überlegenen geistigen Impresario durch Erde und Inferno  
aller menschlichen Möglichkeiten hinaus geleitet wird, gemutet  
heute, je mehr die Ämte des Lebens unentwirrbar verknüpft, bei  
welchem Klare und deutlicher als bei seiner Aufführung: ein  
Hochgefühl des experimentellen Intellekts zugunsten einer verinner-  
lichten, im höheren Sinne religiösen Weltanschauung. Und Wede-  
kind bleibt trotz aller Verschärfung, trotz aller frampfhaften Anti-  
these, ja sogar trotz aller Verhöhnung seines eigenen stillosen Re-  
formatorienums der Prophet reiferer Menschheit, die nur eines zu  
erstreben braucht, um Eden neu zu gewinnen: nämlich das Kompl-  
ment auf größtmögliche Einfachheit zurückzuführen.

In einer Vorstellung, die gemäß den Prinzipien der Tribüne  
die Dekoration auf ein Minimum beschränkt und Wort und Gebärde  
auf ungehörte Plätze zu modellierten trachtet, erschließt sich der  
Amphibienklang Wedekinds, der mit verdichteter Wucht seine Kra-  
chen durchdringt, immer zwingender. Der Kampf des Elementaren  
in dieser abstrakten Natur mit dem Hochaplerium ihrer sog-  
nannten Modernität ist mir nie so bewusst geworden. Ich buche es  
ohne Hören als ein Verdienst der Regie Eugen Roberts. In  
schmalen Spiegel waren Versetzungen gemildert, und das Ueber-  
dimensionale, das bei Wedekind jumeist zynischem Anruf gehorcht  
und nur einmal in dem Liebesdialog zwischen Bett-King und Fran-  
ziska in der lebenden Szene gleichsam aus der historischen Einsat-  
der Kräfte hervortritt, hatte unmittelbaren Bezug zu jedem, dessen  
Aufbau- und Zuhörerium in Aktion gehandelt wurde. Daß im  
Ersten Wedekindscher Absicht Verschleppungen des Tempus und Un-  
gleichmäßigkeiten sich einstellten, war der geringere Fehler dieser  
spezifischen Nachbildung, als deren größeren ich die Fehlbildung  
einiger Nebenrollen rüge.

Der Erfolg des Abends gipfelte in der Person Albert  
Steinbüch, der als Wedekind-Darsteller an erster Stelle steht  
und den Zeit-King mit unerhörte Eindringlichkeit erlebte. Geballt  
aus Dämonie, Jynismus und Schwerkraft, unüberwindlich in der  
rudweisen Signatur des Verfalls, da er auf dem Postament seiner  
angemachten Gotteshäufigkeit zum Konfiteur zusammenschlumpft,  
und grandios in letzter Szene, da er als Fürst der Verhöhr! den  
Triumph seiner männlichen und menschlichen Niederlage mit einem  
ritual-schmerzlichen Abektum gibt, beschwor er den toten Wedekind  
in Stimme und Haltung. Ihm gegenüber hatte Frau Sita

Staub, die für die erkrankte Frau Oker die Titelle über-  
nommen hatte, einen doppelt schweren Stand. Sie verfügt über  
eine Note, die zwischen Passivität und lässiger Anteilnahme balan-  
ziert. Nicht unwirksam im Affekt, magelt ihr aber die Fähigkeit,  
die Revolution entsehtelter Instinkte und deren Wandlung entzün-  
den Plures zu gestalten. In der Festspielzene, die auch in der  
Fassung der Tribüne hart das bühnenmäßige Erlaubte streifte, hätte  
Herr Ledike durch größeren Ernst als Herzog von Volensburg  
vielleicht der Situation genügt. Ernst Gernau schließlich be-  
währte sich als Vater Emeran und Freiherz von Hohenkernach als  
Chargenspieler von nicht gewöhnlicher Qualität.

Karl Erich Meurer.

Wegen die Verfilmung Dostojewskis. Lassen Anut Hansen und  
Hauptmann ihre Dichtungen verfilmen, liegt kein Grund vor, die  
Angelegenheit als etwas Unberührtes zur Sprache zu bringen, denn  
die Entzettelung geht ja mit dem Einverständnis der Schöpfer vor  
sich. Anders liegt der Fall, wenn man vernahmen muß, daß an die  
Ausbeutung und Mißhandlung von Dramen und Romanen toter  
Dichter gegangen wird. Da muß denn doch etwas geschehen. Ich  
lese, daß man Dostojewskis „Brüder Karamasoff“ be-  
arbeitet und dem Film preisgibt. Die Lust an einfacher Verfilmung  
solcher Schandung, verliert an einer der gewaltigsten Menschheits-  
Sinfonien in Prosa, kann einem vergehen, und der ironische Hin-  
weis, nun werde die Hand des Filmmannes sich bald auch nach dem  
Tasso ausstrecken und ihn mit Schlingel herabbringen, führt zu  
nichts. Schlimm ist und schmerzhaft, daß Künstler wie Ludwig  
Wullner sich diesem unentgeltlich verwerflichen Plane zur  
Verfügung stellen. Die „Brüder Karamasoff“, die nicht nur die  
Seele ruhrten, sondern die Entwicklung des menschlichen Dergens  
und alle Stadien seiner Triebe offenbaren — aber es ist häßlich,  
eine so aufwühlende, erbeben, unerreichte Dichtung mit drei  
Worten erklären zu wollen —, sind vielleicht mehr noch als Goethe-  
sche oder Shakespearesche Dramen angewiesen auf das Schwereffekt  
in das Wort. Jede Bearbeitung ist taf- und schamlose Verun-  
glimpfung.

Es ist zu fordern, daß die Presse fortan Bearbeiter,  
Schauspieler und Filmseelen, die sich an solcher Unkultur beteiligen,  
dem Hohn preisgibt, hat, in Betten der Papierrolle, die Aufführung  
zu würdigen und sie gar literarisch abzustempeln. Es ist zu  
fordern — Kulturminister, hören Sie! —, daß der Dichter (soll  
er denn ewig schulpförmige Reute geldgieriger Hände sein?) auf 100  
Jahre nach seinem Tode vor der Verfilmung gesetzlich geschützt wird  
und auch dann nur verfilmt werden kann, wenn er selbst kein etwa  
noch lebender Nachkomme etwas einwendet, zum zweiten ein vom  
Kulturministerium zu ernennender Ausschuss (gebildet von Film-  
Schauspielern und Schriftstellern) einstimmig die Verfilmung für  
unschädlich hält. (Sollern es sich um eine Dichtung handelt, dürfte  
der Fall nicht eintreten.) Bis dahin, aber man besetze sich, Gut ab  
vor jedem Schauspieler, der, schon für die Verfilmung gewonnen,  
noch nachträglich erfindet die Mitwirkung am Film der „Brüder  
Karamasoff“ verleiht.

Hans Schaeffer.

und. Man hat in der Sternheimschen Manier, in seiner vielfach  
an Bedeutsamkeit gemahnenen Fortschritt der Situationen, der Cha-  
rakteristik und des papiernen Dialogs, den Ausdruck einer besonders  
originalen, ja spezifisch modernen satirischen Eigenart erfinden wol-  
len und eine Menge Treffern zum Nachweis dafür aufgewendet.  
Was unbedingener Sinn als Mangel und Armut empfand: die Ra-  
tionellenhaftigkeit des Stils sollte ähnlich wie beim Dichter des  
„Edgell“ gleich die Offenbarung einer neuen höheren Kunstart  
sein. Eine Note, deren Uebertreibungen in nicht zu langer Frist  
ihre Jugkraft endgültig verloren haben dürften. Die glänzende  
Kollendefinition der Reinhardt'schen Aufführung hatte eine verfall-  
ende Aurore der Erinnerung um Frau Rosales intimes Ab-  
wechslungsgedanken — den Eindruck hinterlassen, als lebe min-  
destens in jenem ersten Wurf eine frische Kraft der Laune. Beim  
Wiedersehen, ohne die Hilfe einer Schauspielkunst, die aus der  
Fülle eigener Phantasie die leeren Flächen in dem Rahmen schöpfer-  
isch befüllt, aber keine jede Spur des Reizes fortgewischt. Man  
kämpfte gegen das Gefühl von Leere und spitzfindiger Willkür  
vergebens an. Dabei war der festgefällige feste bürgerliche  
Heid, der sich, aufs Unmenschliche bedacht, im Leben wohlfühlt wie  
die Mebe im Speel — ein Tabu, der bei Sternheim häufig wie-  
derkehrt — durch einen Schauspieler von zweifellos bedeutender  
natürlicher Gestaltungsstärke wie Ballentin vertreten, der  
sicher jeden Zug des Komisches heranzubereitete, also billigerweise  
für das Verlangen der Wirkung nicht verantwortlich gemacht  
werden konnte. Auch Frau Romo Bahn-Martin und Alice  
Loring in den Figuren des kühnen Freundens und der noch  
schlimmeren Freundin, wie Georg Alexander als schwach-  
tend schändlicher Heiser (in monden literaturwissenschaftlichen  
Wendungen recht dröckig) genügt den Forderungen, die der Verfasser  
nach seinem Texte stellen konnte. Eine wirkliche schauspielerische  
Riese bedeutete nur der seinen Inspirationen nachfolgende, bei der  
Familie Rosales einquartierete Heiser des Herrn von Alten.  
Hier fehlte ganz die Mimik übermäßig grotesker Literatenver-  
fälschung. Doch auch ein Treffer in diesem Punkt hätte die Last der  
in diesem Stück geduldeten Hemmungen, Breiten und Feinlich-  
keiten nicht überwinden können. Der Beifall hängt am Schluß  
recht matt. Conrad Schmidt.

Theater. Im Deutschen Künstler-Theater wird als nächste Auffüh-  
rung Karl Sternheims Schauspiel „Die Waise“ von  
Kreis vorbereitet. — Das Theater des Lebens führt am 30. Dez. und  
2. Januar „Wahnen und Wahnheiten“, hierauf „Die Waise“  
begegnet „Waise“ auf. — Das Theater der Friedrichstraße  
wird vom Silvesterabend ab eine Bühne für Varietés sein.  
Für die Kettlerbühnen Wien findet in der Volkshaus am  
Bismarck, 7. Januar, nachmittags 2½ Uhr, eine Sondervorstellung des  
„Geg“ mit Friedrich Raubler in der Titrolle statt.  
Musik. Das Neujahrskonzert, das der Volkshaus-  
bund am 1. Januar, vormittags 11 Uhr, im Ufa-Palast am Zoo mit  
dem Orchester des Deutschen Opernhauses veranstaltet, bringt u. a.  
Wagner's „Waise“ in den Meistersängern sowie Vorspiel und Liebeslied aus  
„Tristan und Isolde“ und Beethoven's Concerto III. Solisten Sabine  
Wagen und Paul Schramm.  
Brenn. Am Freitagabend wird der Vortrag „Mit dem Zuch-  
thaus zum Hohenberg“ zu kleinen Preisen gehalten werden.  
Neue Burgtheater. Die vor einiger Zeit befestigte Direktions-  
stube am Wiener Burgtheater scheint erneut auszubauen. Der Burg-  
theaterdirektor Albert Dine hat sich erneut dahin ausgesprochen, daß er  
Arien mehr sei und jeden Ruf nach Deutschland ganz annehmen will.  
Er verhandelt mit dem Münchener Nationaltheater.

Welt darf nicht müßig dabei stehen, wenn Tausende von Menschen gegen den Tod ankämpfen. Sie muß bessere Versorgung der Gefangenen möglich machen. Das Internationale Komitee fordert zur Sammlung von Geldbeiträgen auf und erklärt sich bereit, die gesammelten Beträge zu zentralisieren und nach Vladivostok zu geleiten, wo sich die Vertreter der Organisation befinden, die jetzt schon zugunsten der Gefangenen tätig sind. Die Summe soll zum Ankauf von Lebensmitteln, Medikamenten oder als Beitrag für die Kosten der Heimkehrung verwendet werden.

Eine Moskauer Meldung spricht von vollständiger Unterbrechung der Amur-Linie. Dagegen sei abgeklärt, im Lager von Chabarowsk sei ein Aufstand der deutschen und ungarischen Kriegsgefangenen ausgebrochen.

### Kultschals Flucht.

Dem Pariser Vertreter der „Gazette“ erklärte ein aus Sibirien zurückgekehrter französischer Offizier, daß, abgesehen von den Soldaten und einer kleinen Anzahl des Bürgertums, die gesamte Bevölkerung die Rückkehr der Bolschewisten wünsche. Die Roten Truppen würden als Retter empfunden werden. Die französischen Truppen in Sibirien seien viel zu gering, um irgend etwas ausrichten zu können. Die Truppen Kultschals seien völlig demokratisiert und ihre Offiziere dem Trunke ergeben. Das ganze Unternehmen Kultschals müsse als beendet betrachtet werden, und die Verbündeten hätten ihn bereits endgültig fallen gelassen. Auch Denikin werde ohne Zweifel das gleiche Schicksal erleiden.

### Zomst ist geräumt.

Zwischen den Esten und der Roten Armee soll eine große Schlacht toben, die für die Esten schlecht steht.

### Amerikanische Hilfe.

Den schon bestehenden großen amerikanischen Zuschüssen in Boston, Chicago, New York, Milwaukee, Philadelphia, St. Louis, San Francisco usw. hat sich nun in New York ein neues Komitee hinzugesellt, das in enger Gemeinschaft mit dem Zentralhilfskomitee und dem Deutschen Roten Kreuz seine Aufmerksamkeit ganz der deutschen Kinderwelt widmen wird. Der Vorsitzende des Ausschusses der Child National Bank H. Barton Gephart ist Vorsitzender. James Speyer, der bekannte Bankier, Schatzmeister des Zentralhilfskomitees, auch Schatzmeister des neuen Komitees. Ferner sind George Foster Peabody, Charles Hayden, Charles G. Sabitt, Paul W. Warburg, Adolf Rittorf u. a. unter den Ausschussmitgliedern zu finden. Es dürfte sich vor allem darum handeln, die vom Reichsgesundheitsamt und Reichsernährungsministerium als wünschenswert bezeichneten Zusatzerationen für Kleinkinder und Schulkinder regelmäßig nach Deutschland zu liefern.

### Liebesgaben zu politischer Demonstration.

In Flensburg ist Freitag ein dänisches Schiff mit Weihnachtsgeschenken gelandet, an dessen Bord sich über dreißig Personen befanden, die kein deutsches Passivum besaßen. Abends noch der Anlauf des Schiffes hat unter Beteiligung der dänischen gesunden Kreise Flensburgs ein Fest an Bord stattgefunden. Die deutschen Behörden haben pflichtgemäß die Schiffsinhaber darauf aufmerksam gemacht, daß ohne Passivum das Betreten Flensburgs verboten sei, worauf der Leiter der Expedition erwiderte, daß dann die Weihnachtspakete nicht abgeliefert werden könnten. Vor Auslösung des Schiffes hat die deutsche Gesandtschaft in Kopenhagen das die Liebesgaben verteilende Komitee verständigt, daß nur drei oder vier ihrer Mitglieder das deutsche Passivum erhalten könnten. Die dänische Regierung hat von dieser Stellungnahme der deutschen Gesandtschaft Kenntnis erhalten. Trotzdem sind an Bord des Schiffes mehr als dreißig Mitglieder des Komitees mitgenommen, die ohne das deutsche Passivum Flensburg betreten wollten. Von deutscher Seite ist auf den oben wiedergegebenen Befehl noch einmal der dänischen Expedition erklärt worden, daß das Betreten Flensburgs ohne nicht mit Passivum versehenen Mitgliedern verboten sei und daß das Hinwegsehen über diese Vorschrift eine Verletzung der deutschen Gesetzgebung bedeute. — Das Verhalten der Dänen, die sich über die deutschen Bestimmungen hinwegsetzten, wird von der Flensburger Bürgererschaft als Herabwürdigung und als Demonstration politischen Charakters empfunden.

unglücklichen Nacht im Garten des Förstlerhauses, als meine geliebte Minna Hodge mit dem Schurken Nabal hielt — jetzt hangen sie mir wieder in den Ohren, und düstere Ahnungen bedrängten mich. Und eines Tages, als ich Unglücklicher in meiner Höhle weinte, verfinsterte ein Schatten den Eingang — o Herr, es war mein Schatten. Ich erkannte ihn sofort wieder; denn nicht hastet so treu im Gedächtnis wie die Vorgänge eines leichtsinnig verführten Mädchens. Ich stürzte darauf zu, beglückt, meinen Schatten wiederzufinden, denn ich wußte, daß mir nur sein Wiedererlangen die Erlösung von allem Leid durch einen friedlichen Tod bringen würde. Aber der Schatten ergriff mich wie damals auf der Heide meinen Händen. Ich rannte gegen einen Körper, der im selben Augenblick sichtbar vor mir stand. Es war der Mann im grauen Rock. Er sprach böse und fragte: Bist du immer noch nicht klüger geworden? O, ich hätte ihn erwürgen mögen mit meinen schwachen Händen, und ich besaß doch keine Macht über ihn. Er aber war allmächtig über mich. Daß ich es kurz erzähle: er zeigte mir den Glühschmelz, den ich verabscheute, und sprach: Da, nimm ihn, du Tor. Der Fädel ist dein, es zieht ihn zu dir, solange ich deinen Schatten habe. Oder meinst du, man macht einen Handel dadurch ungeschicklich, daß man den Preis von sich wirft? So spottete der Fremde meiner. Ich rief: Ich mag deinen Beutel nicht, der mir nichts als Unglück brachte. Behalte ihn und gib mir meinen Schatten wieder! Ich sah, ich warf mich dem Fremden zu Füßen und suchte ihn an. Er aber lächelte kalt und zog seinen verfluchten Vertrag hervor, den mit meinem Blute zu unterzeichnen mir graute. Er ließ meinen Schatten vor mir zu Boden gleiten, der Schatten heftete sich an meine Hüfte, aber der Fremde nahm ihn wieder an sich. Er zeigte mich mit tausend teuflischen Klugheiten, bis ich, nahe daran, besinnungslos den Pakt zu unterzeichnen, zornig aufsprang und den Fremden mit lauter Stimme aus meiner Höhle wies. Er ging. Ich hörte ihn lachen — dann sank ich erschöpft und aller Kräfte beraubt in tiefe Betäubung. Als ich erwachte, lag auf dem Steine, der mir als Tisch diente, der Glühschmelz, den der Fremde in schlauer Berechnung zurückgelassen hatte. O, er hatte die Stunde gut zu wählen gewählt. Erwidert, der Hunger und Leid zermürbt, unterlag ich der Versuchung. Die Lodung des Goldes ist mächtig, ihr sind schon härtere Seelen unterlegen als ich es bin. Für dreißig Silberlinge verriet Judas Makkabäus seinen Herrn, und er war doch ein Jünger. O junger Herr, Sie ahnen nicht, wieviel Verbrechen an Menschen begangen haben um des Geldes willen. Ich bin nicht der einzige Schlemmer, der seinen Schatten für Gold verkaufte. Ich verlor den meinen unüberbringlich. Und ich hatte in jener Stunde nicht mehr die Kraft, den Preis zu verschmähen, für den ich den Schatten hingab. Ich nahm den Beutel und ging wieder unter die Menschen, die ich so lange gemieden.“

„Und die Menschen?“ rief Paul.

(Fortf. folgt.)

### Minengefahr infolge Sturmflut.

Durch die schweren Stürme, die in der letzten Zeit auf See geherrsch haben, sind besonders auch in der Nordsee große Mengen von Minen von ihren Verankerungen losgerissen worden, wodurch die Schifffahrt sehr gefährdet wird. Kapitän Gravenhorst, der Führer des früheren Hamburger Dampfers „Mannheim“, von Rotterdam kommend, hat am letzten Weihnachtstage in der Zeit von 9 bis 12 Uhr vormittags nicht weniger als 16 treibende Minen angetroffen. Auch im Mittelmeer sind Minen aufgetrieben. Der Dampfer „Moon“ hat auf der Reise allein sechs Minen treibend angetroffen.

### Wiener Weihnachten.

Staatskanzler Dr. Renner erklärte einem Pressevertreter nochmals, daß die deutsch-österreichische Regierung zum Rücktritt gezwungen sei, wenn die Ernährung der Bevölkerung nicht gesichert werde, wie es im Geleitbrief zum Friedensvertrag von St. Germain vom 2. September versprochen wurde.

Mehrere Bürgermeister und sonstige städtische Vertreter von italienischen Städten sind in Wien eingetroffen, um 1500 Kinder abzuholen.

Die amerikanische Hilfsaktion hat zum Christfest 100 000 arme Wiener Kinder mit Christstollen, feiner Seife und Kerzen beschenkt. Im übrigen ist es bei der verringerten Produktion von einem Zweipfundbrot für die ganze Woche geblieben und die Aufrechterhaltung der Beleuchtung und des Straßenbahnverkehrs ist immer nur von Tag zu Tag gesichert.

Die Verhandlungen wegen Verpachtung des Tabakmonopols werden in Paris von Staatssekretär Reich geführt werden. Zunächst handelt es sich um einen Vorschlag von 150 bis 200 Millionen Franken.

### Troelstra über das neue Wettrüsten.

Im Verlauf der Marinedebatte in der holländischen Kammer, welche bekanntlich mit dem Rücktritt des Marineministers Visserendendede, ergriff auch Genosse Troelstra in der Sitzung vom 11. Dezember das Wort. Er stellte Betrachtungen über den Zusammenhang zwischen Abrüstung und Völkerverbund an in Anknüpfung an vorhergehende Ausführungen der Abgeordneten Treub (Economiche Bond) und Drosselburg (Freiliberal). Ursprünglich hätte man — so meinte Troelstra — sich die Entwicklung des Völkerverbundesgedankens in der Richtung der internationalen Abrüstung gedacht. Mehr und mehr aber scheint man jetzt in dem Völkerverbund eine Institution zu sehen, welche die Völker zu dauerndem Wettrüsten zwingen solle. Das in Bern entworfene Schema des Völkerverbundes wirkt beträchtlich von dem Nachwerk von Versailles ab. Nach dem Karikaturschreiben von Versailles sei die Welt noch immer in starker Fregung begriffen und es sei nicht unmöglich, daß für die Erlösung der Welt vom Fluch des Krieges andere Kräfte als der Völkerverbund in Aktion treten würden. Angesichts der finanziellen Erschöpfung und der durchgängigen Verfallung des sozialen Lebens werde kein Volk die Verantwortlichkeit auf sich nehmen, die Flamme des Weltkrieges wieder anzufachen.

Die Alliierten, die Verländer des „ewigen Friedens“, geben sich Mühe, aller Welt zu zeigen, daß das neue Wettrüsten mit Hochdruck weitergeht.

Die „Information“ meldet aus Paris: Der französische Generalstaberteil, infolge des Personalmanagements mit einer geringeren als dreißigjährigen Dienstzeit nicht mehr auskommen zu können. Man brauche 20 000 Mann am Rhein, 100 000 Mann für die Kolonien, 30 000 für die Besatzung, 45 000 für die Garnison von Paris und 80 000 Mann für die verschiedenen Depots. Der Jahrgang 1920 habe aber nur 300 000 Mann ergeben. — Clemenceau erklärte, daß zwischen Frankreich und England ein Übereinkommen dahingehend bestehe, daß die Armeen beider Länder nach einem gemeinsamen Plan auf Grund einer Verständigung der französischen Generalstabsabteilung ausgebildet werden sollen. Das französisch-englische Heer werde künftig die sicherste Gewähr von neuen kriegerischen Verwicklungen sein.

Am Weihnachtsabend haben in vielen Städten Frankreichs zahlreiche sozialistische Versammlungen stattgefunden, bei denen betont wurde, daß es an der Zeit sei, endlich durch gemeinsame Aktionen in allen Ländern zugunsten Deutschlands gegen die imperialistische Politik Clemenceaus Stellung zu nehmen. Vertreter der neutralen Staaten, so wie England und Amerika haben sich diesen Neuerungen angeschlossen, besonders belonte Troelstra im Namen der holländischen Sozialisten, daß eine gemeinsame Aktion mit den Deutschen gegen Clemenceau eingeleitet werden solle. Der in Berlin vorhandene angebliche Militarismus sei nur ein Schutz gegen den imperialistischen Militarismus, der von Clemenceau und seinen Anhängern getrieben würde. Die Formel, daß der Militarismus von Berlin nach Paris verzoogen sei, sei viel zu schwach, denn in Wirklichkeit sei der deutsche Militarismus lediglich eine Maßnahme zur Landesverteidigung gewesen, während der Pariser Militarismus Clemenceaus rein imperialistischer Natur sei, der durch Chauvinismus unterstüzt würde.

### Englands Arbeiter sollen antworten.

Unter der Überschrift „Die Entscheidung liegt bei den englischen Arbeitern“ bringt der „Labour Leader“ einen auffordernden Artikel, worin es u. a. heißt: „Der furchtbare Kreis von Hunger, den die Entente-mächte über ganz Mitteleuropa geschleudert und der systematisch durch die Forderung der Auslieferung von Eisenbahnmaterialien, Schiffen, Tods usw. verschlimmert wird, ist das Ergebnis eines so raffinierten und so grausamen Planes, daß man es nicht glauben, viel weniger verstehen kann, daß er zur Ausführung gebracht wird. Der Gedanke, nach Abschluß des Friedens die Führer des deutschen Volkes zur Verantwortung zu ziehen, kann durch eine dumpe und barbarische Verdolmetschung von Recht und Gerechtigkeit noch begründet werden. Aber der Gedanke, die Strafe auf ein ganzes Volk auszubedenken, das seine eigenen Führer gestürzt und sich ihnen freigewidmet hat, ein ganzes Volk dem wirtschaftlichen Ruin, Hunger und der Tuberkulose auszuliefern — eine solche Strafe auf unbestimmte Zeit ist das Produkt eines Tollhausstrahmens. Nichtsdestoweniger ist dies kaltblütig ins Werk gesetzt worden.“

Der Artikel fährt dann weiter aus, daß im Laufe der Zeit Spanien, Holland, Frankreich und Deutschland die englische Welt Herrschaft bedrohen. Spanien und Holland sind nur noch Erinnerung, Frankreich ist ruiniert, Deutschland und Österreich vernichtet, Belgien außer Spiel gesetzt. Englands neueste Konkurrenten sind Amerika und Japan. England hofft, daß es möglichst schnell wieder seine wirtschaftliche Welt Herrschaft erreichen wird. Die Wacht beruht nicht mehr auf der Beherrschung Europas. Die englische Industrie späst mit Volkshunger nach den finnischen Wäldern, nach den russischen und

sibirischen unerschöpflichen Reichtümern an Kohlen und Mineralien. Die Entscheidung der Fragen liegt in den Händen der englischen Arbeiterklasse. Soll es verhindert werden, daß die Entwicklung des Sozialismus, der das Glück vieler Millionen bedeutet, in einen schmerzlichen Profit für die Aktienbesitzer verwanbelt wird? Soll Deutschland aus diesem Grunde Karthagos Schicksal erleiden? Sollen Millionen von deutschen Männern und Frauen zugrunde gehen? Sollen Kinder rettungslos Hunger, Frost und Tuberkulose preisgegeben werden? Englands Arbeiter müssen auf diese Fragen Antwort geben.“

### Der amerikanische Außenhandel.

Die amerikanische Ausfuhr im November hat 148 Millionen Pfund Sterling gegen 127 Millionen im Oktober und 105 Millionen im November 1918 betragen. Die Einfuhr im November betrug 85 Millionen Pfund Sterling gegen 80 Millionen im Oktober 1919 und 50 Millionen im November 1918. In den 11 Monaten 1919 wurde für 742 Millionen Pfund Sterling mehr Ware ausgeführt als eingeführt. Im vorigen Jahr betrug der Unterschied nur 200 Millionen.

### Kleine politische Nachrichten.

Ausfuhrkontrolle für Textilwaren. Um der steigenden Knappheit an Textilwaren für die Verringerung der breiten Schichten der Bevölkerung einigermaßen zu steuern, erscheint es erforderlich, die Ausfuhr derartiger Verbrauchsartikel zu kontrollieren und zu beschränken. Der Reichswirtschaftsminister hat daher durch eine Bekanntmachung im „Reichsanzeiger“ in Ergänzung der unter dem 4. Dezember 1919 veröffentlichten Ausfuhrverbotslisten eine Anzahl weiterer Textilwaren dem Ausfuhrverbot unterworfen. Die Ausfuhr von Luxusartikeln der Textilindustrie und der Veredelungsbranche, bei dem Fertigen gegen ausländische Rohstoffe ausgetauscht werden, soll aucherner durch beschleunigte Erteilung von Ausfuhrbewilligungen gefördert werden.

Keine „Hindenburgarmee“. Gegenüber der „Freiheit“ erklärt die „Deutsche Allgem. Ztg.“, daß keinerlei Vorbereitungen für eine „Hindenburgarmee“ stattfinden. Man möge doch genauere Angaben über Namen und Orte machen. Der Anti-Baltikum-Major Kapitzky bürge für Verhinderung.

Wegen brüchiger Erzberger-Schimpfung ist der Kaufmann Heinrich Ilfena in Leer (Ostfriesland) vom Landgericht I Berlin zu 400 Mark Geldstrafe, im Nichtbeitragsfalle zu 40 Tagen Gefängnis verurteilt worden.

In dem Wiener Schieberprozess sind auch eine Anzahl französischer Offiziere zu Gefängnis und Degradation verurteilt worden.

Kapitel Völkervereinigung. In der belgischen Kammer forderte Genosse Camille Huysmans in flämischer Rede Einsetzung einer Verständigungskommission für die flämische Frage. Die Autonomieforderung des Abg. Raes (fläm. Frontposten) wurde mit 24 im angenommen, in den er hinciriel: „Nieder mit der belgischen Einheit!“ Die Abg. van Cauwelaert und Huisshouer beantragten Umwandlung der Universität Gent in eine flämische.

Die Sowjet-Arbe. Der New Yorker Geistliche Brent bezeichnet die Ausweitung der Anarchisten als unzulässig und ungewinnlich, da die anarchischen Ideale und Gedanken dadurch neue Propagandakraft gewinnen und außerdem Amerika auf als Beschützer der Redefreiheit (!) gefährdet würde. Die 300 Ausgewiesenen seien 300 Freiberger des Hasses gegen Amerika.

Die Unruhen in Argentinien. Der Streit ist jetzt auch auf dem Lande in weitem Umfang ausgebrochen. Die Arbeiter fordern einen Tageslohn von 40 Pesos, das sind 2 Pfund Sterling.

Der Anschlag der Schweiz an den Völkerverbund ist, wie uns aus Basel gedruckt wird, dadurch gesichert, daß die Vertreterversammlung des Schweizerischen Bauernbundes den Anschlag befürwortet hat.

### Der Aufbau Deutschlands

ist das hohe Ziel, das die vereinten Kräfte unseres Volkes erreichen müssen. Diesem Ziele jedoch stehen nennenswerte Parteigruppen in Kampfstellung entgegen. Von rechts und links wird die junge Republik umföhret. Rechts die Reaktion von ehedem, die mit den ungeheuren Geldmitteln ihrer schwerreichen Gönner dem System zustrebt, das Deutschland ins Unglück gestoen hat. Links organisierten die Putschisten die Umwälzung in der Richtung auf den rein vollendenden Bolschewismus. Beiden Extremen gegenüber, die eine gleich große Gefahr für das deutsche Volk sind, verfolgt der „Vorwärts“ getreu seiner seit Jahrzehnten besoltenen Politik einzig und allein diejenige Politik, die im Interesse der werktätigen Bevölkerung geboten ist. Er läßt die Reaktion, getreu den sozialistischen Grundfragen, nicht aus dem Auge und wird es als seine vornehmste Aufgabe ansehen, in noch größerem Maße als bisher durch Wort und Bild politische Aufklärung in die breiten Massen des Volkes zu tragen. „Vorwärts“-Leser, sorgt für Aufklärung, werbt mehr als je für Euer Blatt!

Wir sind gezwungen, ab 1. Januar den Abonnementspreis auf 4,50 M. pro Monat zu erhöhen. Die Materialpreise, deren Steigerung hier veranschaulicht wird, lassen keinen anderen Ausweg:

Preise vor dem Krieg:	jetzt:
Druckpapier . 100 kg M. 21.—	M. 200 = 852 Proz. Aufschlag
Druckfarbe . 100 „ 38.—	280 = 637 „
Metall . 100 „ 42.—	900 = 2043 „
Maschinenöl 1 „ —,45	7,35 = 1533 „
Druckfächer 1 St. 1,18	10 = 747 „
Rohstoffe . 10 t 225.—	1800 = 726 „
Braunkohle 10 t 127,50	1700 = 1233 „

Folgender Zettel ist ausgefüllt an die Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, zu senden.

Ich abonniere ab 1. Januar den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus für 4,50 M. monatlich. Außerhalb Groß-Berlins Wohnende wollen beim Postamt ihres Wohnortes bestellen.

Name \_\_\_\_\_

Wohnung \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_ Straße Nr. \_\_\_\_\_

vorn — Seitenflügel — Quergebäude — Treppen.

Bei wem? \_\_\_\_\_

# Gewerkschaftsbewegung

## Ein Reichstarif für die Bärstenindustrie.

Nach längeren und mehrtägigen Verhandlungen, die in Nürnberg unter dem Vorsitz des nordbayerischen Demobilisationskommissars Dr. Schneider geführt wurden, ist es am 18. Dezember gelungen, einen Reichstarifvertrag für das Bärsten- und Pinselmachergewerbe und für die Kleistiftindustrie abzuschließen. Vertragsschließende Partei ist auf Arbeitgeberseite der Deutsche Holzarbeiterverband. Dieser hat schon vor Monaten einen Vertragsentwurf ausgearbeitet. Dem Vertragsabschluss steht sich aber infolge Schwierigkeiten entgegen, als es auf Seiten der Unternehmer an einer umfassenden Organisation fehlte. Hier sind die Organisationen noch recht jungen Datums.

Die Bärsten- und Pinselmacher-Zünfte hatten sich in einen Verband zusammengeschlossen; außerdem hatte es der zufällige Umstand, daß die Kleistiftindustrie ebenso wie die Kleistiftindustrie ihren Hauptsitz in Nürnberg haben, zuwege gebracht, daß dort ein Verband der Kleistift- und Pinselindustrie gegründet worden war. Aus diesen beiden Organisationen ist neuerdings der Arbeitgeberverband für die Kleistift-, Bärsten- und Pinselindustrie und verwandte Gewerbe mit dem Sitz in Nürnberg entstanden. Mit diesem hat nun der Deutsche Holzarbeiterverband den Reichstarif abgeschlossen. Ursprünglich war der Tarifvertrag nur für die Bärsten- und Pinselindustrie gedacht. Die Kleistiftindustrie erhoben aber auf Grund ihres organisatorischen Zusammenhanges den Anspruch, den Vertrag auch auf ihre Betriebe auszudehnen. Dem konnte entsprochen werden, zumal die Kleistiftarbeiter wie die Bärsten- und Pinselmacher im Deutschen Holzarbeiterverband organisiert sind.

Durch den Vertrag, der am 20. Dezember in Kraft getreten ist, sind die in Betracht kommenden Orte in vier Tarifklassen geteilt. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt in der I. und II. Klasse 48, in der III. 47 und in der IV. Klasse 48 Stunden. Die Mindestlöhne sind nach dem Alter und den Tarifklassen abgestuft. So erhalten männliche Arbeiter zwischen 16 und 18 Jahren in den vier Tarifklassen 2,15 M., 1,65 M., 1,40 M. und 1,15 M., weibliche der gleichen Altersklasse 1,50 M., 1,10 M., 1.— M. und 90 Pf. Für Arbeiter über 24 Jahren betragen die Mindestlöhne

Tarifklasse	I	II	III	IV
Männliche	3.—	2,50	2,25	2.— M.
Weibliche	2.—	1,00	1,50	1,40

Die Allordlöhne sind so festzusetzen, daß 20 Prozent über dem Mindestlohn verdient werden können. Dauernd in Vollzeitbeschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten mindestens 20 Pf. mehr als den Mindestlohn.

Ferien werden den über 20 Jahre alten Arbeitern und Arbeiterinnen, auch den Heimarbeitern gewährt und zwar nach einjähriger Beschäftigung 3 Tage, nach zwei Jahren 4 Tage, nach drei Jahren 5 Tage, nach vier Jahren 6 Tage, und weiter steigend bis 10 Tage nach sechzehn Jahren Beschäftigung. Lehrlinge und Jugendliche erhalten 3 Tage Ferien. Der Vertrag regelt weiter die Befugnisse der Arbeiterräte, die in allen die Arbeiter interessierenden Fragen ein Mitbestimmungsrecht haben. Die vertraglichen Löhne können vom 1. April 1920 ab einer Revision unterzogen werden. Wichtig ist auch die im Vertrag vorgesehene Regelung der Verhältnisse der Heimarbeiter.

Alles in allem genommen bedeutet dieser Tarifvertrag einen bedeutenden Fortschritt, der umso höher zu veranschlagen ist, als die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bärstenmacher im allgemeinen rückständig waren und ihre zentrale Regelung erhebliche Schwierigkeiten verursachte.

## Gewerkschaftsmitglied! Besucht die Montagsversammlungen.

Die Gewerkschaftskommission veranstaltet am Montag abend zwanzig Versammlungen, in denen über die am 1. Januar 1920 bevorstehende Verteuerung des Brotes und der Kartoffeln sowie geeignete Gegenmaßnahmen gesprochen wird. Es ist allen Arbeitern und Arbeiterinnen zu empfehlen, diese Versammlungen zu besuchen. Näheres siehe im Inseratenteil. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend.

## Wo bleibt das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung?

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Der Arbeitgeberverband der deutschen Versicherungsunternehmen lehnt es bekanntlich ab, neue Tarifvertragsverhandlungen mit der bisherigen Tarifvertragspartei zu beginnen. Die Gründe, die der Arbeitgeberverband dafür angab, wechselten innerhalb weniger Tage. Neuerdings erklärte er, lediglich deshalb nicht zu verhandeln, weil er gegen den Willen der Angestellten auf Anwendung des zentralen Arbeitgeberverbandes die neue Einziehung gelber Angestelltenorganisationen und parteipolitischer Maßnahmen verlangt. Auch das Versicherungsgewerbe soll also nach dem Willen des Scharfmachers zum Spielball von Kontrastproben der Reaktion gemacht werden. Das Versicherungsgewerbe ist jedoch in so hohem Maße eine öffent-

liche Einrichtung von sozialer und wirtschaftlicher Notwendigkeit, daß diesem privaten Störungswillen Halt geboten werden muß. Wir haben nun in Deutschland ein Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung, das die Interessen der Versicherten gegenüber den Versicherungsunternehmen wahrzunehmen gesetzlich berufen ist. Das Reichsaufsichtsamt schätzt die drohende Gefahr auch richtig ein. Wo bleibt aber die Einwirkung dieses Amtes, das weitestgehende Befugnisse hätte, die einzelnen Unternehmungen zu veranlassen, durch den Beginn der Tarifvertragsverhandlungen mit der bisherigen Tarifvertragspartei, den Arbeitskampf mit allen seinen Begleiterscheinungen abzuwenden. Damit würde selbstverständlich das Aufsichtsamt zu den Forderungen der Angestellten durchaus nicht Stellung nehmen. Die Verhandlungen selbst würden dann ergebnislos und wie weit die Forderungen der Angestellten erfüllbar sind.

Jedenfalls können die Versicherten wie die Gesamtheit erwarten, daß hier die Pflicht zum Eingreifen seitens des Reichsaufsichtsamtes einsetzt, um die einzelnen Unternehmungen zu zwingen, alles zu tun und nichts zu unterlassen, um Geschäftsstörungen zu vermeiden.

Die Frage, ob es in den nächsten Tagen zu Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Zentralverband kommt, wird die Entscheidung über die mögliche Vermeidung des Wirtschaftskampfes bringen. Jedenfalls haben die Angestellten aller großen Versicherungsplätze beschloffen, einheitlich hinter ihrer Organisation zu stehen.

## Der Syndikalistik-Kongress.

Am Nachmittag erstattete Kater den Geschäftsbericht. Die Bewegung habe im letzten Jahre eine glänzende Entwicklung genommen. Kater polemisierte besonders scharf gegen die Kommunisten, deren Kampfesweise gegen die Syndikalistik er als besonders niedrig bezeichnete. Nach weiteren Geschäftsberichten wurde in eine Diskussion über die Berichte eingetreten, die heute Sonntag fortgesetzt wird.

## Ferien- und Lehrlingsfrage im Töpfergewerbe.

Für große Teile der im Verband der Töpfer und Berufsgenossen organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter sind in den letzten Wochen zentrale Abmachungen in der Ferienfrage getroffen worden, und zwar für alle in den Kachelofenfabriken beschäftigten Angehörigen des Töpferverbandes.

Mit dem Verband Süddeutscher Kachelofenfabrikanten haben am 20. November in Würzburg Verhandlungen stattgefunden, wobei die Vereinbarung getroffen wurde, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die ein Jahr im Betriebe tätig sind, Anspruch auf 6 Tage Ferien haben. Für Arbeiter unter 16 Jahren und Lehrlinge sind die Ferienfrage besonderen drücklichen Abmachungen unterliegen. Auch für das Jahr 1919 soll noch jeder Ferien erhalten, sofern er seit 1. Juli 1919 in einer süddeutschen Kachelofenfabrik tätig ist. Als Entschädigung für die Urlaubswoche wurde der Durchschnittslohn des letzten Vierteljahres zugrunde gelegt.

Mit dem Verband Deutscher Kachelofenfabrikanten haben die Verhandlungen am 8. Dezember in Leipzig stattgefunden. Verebart wurde, eine jährliche Ferienzeit von sechs Tagen für alle im Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen einschließlich der Jugendlichen und Lehrlinge festzusetzen. Die Ferien haben auch für das Jahr 1919 Gültigkeit, sofern Arbeiter und Arbeiterinnen seit Neujahr 1919 in irgendeiner Ofenfabrik beschäftigt sind. Jedoch können für dieses Jahr die Ferien abgelehnt werden durch Entschädigung eines Wochenlohnes in der Durchschnittshöhe des letzten Vierteljahresverdienstes. Für das Jahr 1920 und 1921 müssen dagegen durchgängig Ferien gewährt werden mit der gleichen Entschädigung, und zwar in den Sommermonaten allen Arbeitern und Arbeiterinnen, sofern sie mindestens ein Jahr in derselben Ofenfabrik beschäftigt sind. Im Jahre 1921 sollen erneute Verhandlungen in der Ferienfrage stattfinden.

Auf der letztgenannten Konferenz wurde auch die Lehrlingsfrage zentral geregelt. Die Lehrzeit soll durchweg drei Jahre dauern. Nach Ablauf des ersten Vierteljahres der Lehrzeit ist jeder Lehrling auf seine Eignung für den Ofenformerberuf zu prüfen und zu entlassen, wenn er sich als ungeeignet erweist. Der Wochenlohn des Lehrlings soll im ersten Lehrjahr 30 M., im zweiten 35 M., im dritten 40 M. betragen. Im Afford sollen Lehrlinge im ersten Lehrjahr nicht beschäftigt werden, jedoch ist es zulässig im zweiten und dritten Lehrjahr. In diesem Falle soll dann der Lehrling im zweiten Lehrjahr 50, im dritten 75 Proz. des Gesellenaffordjahres erhalten.

Die Zahl der Lehrlinge soll, da großer Mangel an geeigneten Kräften, zunächst keiner Beschränkung unterliegen, jedoch auch eine gute fachmännische Ausbildung garantiert werden. Auch die Ofenseher und Scheibentöpfer, die im Töpferverband organisiert sind, machen in der Ferienfrage nach und nach Fortschritte. Für die Scheibentöpfer haben bereits vor mehreren Monaten zentrale Verhandlungen mit dem Töpferwarenfabrikantenverband in Götting stattgefunden, sie sind leider resultatlos verlaufen, weil die Unternehmer ungenügende Zugeständnisse in dieser Frage gemacht hatten. Im Ofenseherberuf haben die Unternehmer Ferien abgelehnt. Beide Arbeiterkategorien des Töpfergewerbes sind jetzt dabei, Ferien durch drückliche Abmachungen durchzusetzen. Sie haben auf diesem Wege stellenweise achtbare Erfolge erreicht.

## Politische Mahnung oder Kündigung wegen Sabotage.

Vom Kontrollauschuss der Eisenbahnhauptverwaltung Grunewald erhalten wir zu den unter obiger Überschrift in Nr. 652 des „Vorwärts“ wiedergegebenen Auslassungen der „P. B. N.“ eine Zuschrift, in der betont wird, daß die in der Werkstatt Grunewald vorgenommene Mahnung ein erneuter Beweis dafür sei, welche reaktionären Strömungen in der Eisenbahnverwaltung nach wie vor maßgebend sind. Die betreffenden Ausführungen der gemahnten Kollegen sind in Betriebsversammlungen, die von der Verwaltung genehmigt waren, erfolgt, die die Einführung von sogenannten Kontrollauschüssen zum Zweck hatten. Selbstverständlich müsse der Kritik in einer derartigen Versammlung, in der die Arbeiterseite über eine Sache entscheiden soll, freier Spielraum gelassen werden.

„Soll“, so heißt es in der Zuschrift, „das nun eine Aufforderung zur Sabotage sein, wenn von Arbeiterseite erklärt wird, daß sie kein Interesse an der Erhöhung der Produktion haben könne, solange es nicht verhindert werden kann, daß nur das Schieber- und Schleißhandwerk diese, unsere Arbeit ausnutzt? Weiter soll man hierbei bedenken, daß das Mißtrauen der Verwaltung gegenüber ein großes ist, da sie mit allen Mitteln danach strebt, das vollkommen unmögliche Alfordsystem wieder einzuführen. Man sollte sich nur einmal in die Arbeiterpsychik hineinversetzen, dann würde man sich nicht wie das Ministerium auf juristische Epithetendebatten verlassen. Bezeichnend ist es auf jeden Fall, daß der Minister sich allein die Entscheidung vorbehalten hatte, sich aber von der Arbeitervertretung nicht sprechen ließ. Unzählige Verhandlungen über diesen Fall haben weiter nichts erreicht, als daß wertvolle Arbeitszeit verlorengegangen ist. Wo die tatsächliche Sabotage liegt, werden die Kontrollauschüsse zu gegebener Zeit feststellen, was selbstverständlich bereits jetzt von gewissen Geheimräten unangenehm empfunden wird, weshalb sie nichts schärfer wünschen, als daß die Kontrollauschüsse wieder in der Versenkung verschwinden mögen.“

Zentralverband der Angestellten. Sachgruppe 18, Sektion o (All-Angestellte). Sonntag, den 22. Dezember, vormittags 9½ Uhr: Versammlung im „Rosenhain Hof“, Rosenhain Str. 11/12. Tagesordnung: Fortsetzung der Tarifberatung. — Versammlungen am Montag, den 23. Dezember: Sachgruppe 19 (Sekt. b Handelslehrer u. Lehrenten) öffentliche Versammlung, vormittags 11 Uhr, im „Alten Kaffeehaus“, Anhalter Str. 11/12. Tagesordnung: Beschlußfassung über den Tarif. — Sachgruppe 8, Sektion b (Kleinstbetriebe): Mitgliederversammlung nachmittags 2 Uhr im „Kornhaus Flora“, Sekt. Kallmann-Str. 11. Tagesordnung: Wahl der Sektionsleitung. — Sachgruppe 9, Sektionen a—d: Sektionsführung abends 8 Uhr in Cederlands Festsaal, Neue Friedrichstr. 33. Tagesordnung: Die Tarifverhandlungen.

Sachgruppe Grob-Berlin. Die für Montag, den 29. Dezember, in den „Zentralfestsaal“, Alte Jakobstr. 32, anberaumte allgemeine Funktionärsversammlung findet nicht statt.

Siemenswerke. S. V. D. Reichsarbeiter-Vertrauensleute und S. V. D. Funktionäre des Siemenskonzerns! Montag nachmittags 4½ Uhr, im Restaurant Marland, Quedlinburg: Konferenz. Tagesordnung sehr wichtig. Ergehen dringend notwendig.

## Aus aller Welt.

Das Hochwasser in Süddeutschland. Der Rhein und der Neckar sind über die Ufer getreten. Die Wasserbauverwaltung in Karlsruhe teilt mit, daß sämtliche Flüsse in Baden, namentlich auch die Schwarzwaldflüsse, außergewöhnliche Hochfluten aufweisen. Der Neckar hat den Stand von 9 Meter bei Heidelberg, der Rhein einen solchen von 8 Meter bei Ragny erreicht. Der Bahnhof Ragny bei Karlsruhe steht ganz unter Wasser. Die Altstadt von Heidelberg ist überschwemmt. Die Bahnstrecken im Schwarzwald südlich Freiburg sind durch Wegspülen der Dämme unterbrochen. Vieles mußte nach der Bevölkerung alarmiert werden, damit sie sich und ihr Hab und Gut in Sicherheit vor den heranschwellenden Fluten brühte. Schneeschmelze und Regengüsse im Gebirge dauern fort. Zudem wird auch aus dem Alpengebiet ein Anknäueln der Gebirgskette und allgemeine Schneeschmelze gemeldet. Auch aus Frankreich, Belgien und Elsaß-Lothringen werden Wasserkatastrophen gemeldet.

Rohleinst in Kiel. Bis zum 4. Januar 1920 ist die Abgabe von elektrischem Strom tagsüber von 8—4 Uhr eingestellt.

Ein furchtbares Laminenglück hat zu Weihnachten den Schwedler Kurort Dabos heimgesucht. Wie uns berichtet wird, sind zwei kleine Nachbarnschaften vollständig verschüttet, 24 Häuser zerstört und bis jetzt über 48 Tote und 10 Schwerverletzte festgestellt.

Die Unsiherheit in Wien. Am Heiligen Abend und am ersten Weihnachtstagsabend wurden 80 Einbrüche mit einer Beute von 3 Millionen, zwei Morbiden und zahlreiche Raubüberfälle auf offener Straße in der Innenstadt verübt.

Die Kohleinst in Frankreich. Man will auch den Neunjahrestag im Bergbau einführen.

Nach ein Weihnachtsmann. Die Lissaboner Polizei antwortete bei einem Syndikalist 90 Bomben

# A. WERTHEIM

Leipziger Straße	Königsstraße	Rosenhain Straße	Moritzplatz
<b>Rotwein</b>	<b>Rheinwein</b>	<b>Dessertwein</b>	
1918 <sup>er</sup> Dürkheimer ..... 11 <sup>20</sup>	1918 <sup>er</sup> Diedesfelder ..... 10 <sup>60</sup>	Tarragona, rot ..... 19 <sup>60</sup>	
1918 <sup>er</sup> Oberingelheimer .... 11 <sup>50</sup>	1918 <sup>er</sup> Laubenheimer Berg. 11 <sup>40</sup>	Tarragona, weiß ..... 20 <sup>20</sup>	
1917 <sup>er</sup> Priorato, schwarzer span. Rotwein ... 13 <sup>50</sup>	1918 <sup>er</sup> Gänshelkel, Goldberg ..... 13 <sup>00</sup>	Malaga ..... 20 <sup>50</sup>	
1917 <sup>er</sup> Cru la Patache (Bordeaux) 17 <sup>20</sup>	Wachstum Winzer-Genossenschaft	Österr. Süßwein ..... 21 <sup>00</sup>	

Preise verstehen sich einschließlich 20% Weinststeuer

**Freitag, den 2. Januar**  
bleiben unsere Geschäftshäuser  
wegen Inventur-Aufnahme  
bis 3 Uhr geschlossen

**Leinhaus Moritzplatz 58a**  
Berlin, Oranienstraße 58a.

## Scherzartikel

- Kopfbedeckungen für Damen und Herren in großer Auswahl ..... von 20 Pfg. an
- Knallbonbon mit Scherzartikel, Musikinstrumenten und Kopfbedeckungen ..... von 225 an
- Gummiballon zum Aufblasen ... Stück 95 Pfg.
- Papierschirme ..... von 95 Pfg. bis 150
- Büschelstäbe zum Necken ... Stück 30 und 15 Pfg.
- Büschelhörner mit Stimme ..... Stück 30 Pfg.
- Gießblei im Karton, Inhalt 12 Stück mit Löffel ... 285
- Praliné mit Scherzartikel ..... Dutzend 300
- Gemischtes Konfekt mit Scherzartikel Dutzend 325
- Wallnüsse mit Scherzartikel ..... Dutzend 300
- Luftschlangen in Rollen, Inhalt 20 Stück ... 70 Pfg.
- Scherzplakate zum Anwerfen, in Heften, Inhalt 10 Stück mit verschiedenen Texten ..... 90 Pfg.

## Neujahrskarten

- Neujahrspostkarten ..... von 10 bis 20 Pfg.
- Neujahrsschriftkarten mit Umschlägen
- Paket 10 Stück ..... von 100 bis 200

verkauft zu bekannt billigen Preisen: **Kreuzfuchse** Alaska-Blaufuchse Ia von 90.— bis 325.— Mark.  
Gelegenheitsaktive in Skunks, Marder, Herren-Gehelpen, Sportpelzen, Wagenpelzen. — Großer Posten Herren-Anzüge, Paletots von 85—250 Mk., hochlegant. Gelegenheiten in Damen-Kostümen, Plüsch-, Astrachan-, Pelzmänteln. — Ferner im Lombard verfallene Uhren, Ringe, Brillanten, silb. Taschen usw. unter Taxpreisen